

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telex: 886546 pbn d



Inhalt

Dr. Marliese Dobberthien MdB warnt vor der Militarisierung der Gesellschaft: Der Frauenwehrdienst muß verhindert werden.

Seite 1

Hans Urbaniak MdB stellt vor der EG-Ministerratsitzung am 21. September Forderungen an die Bundesregierung: Bonn muß die Stahl-Interessen vertreten.

Seite 3

Klaus Daubertshäuser MdB kritisiert die Kürzung der Bundesmittel für den kommunalen Straßenbau: Sanierung auf Kosten der Gemeinden.

Seite 4

Dokumentation:

Gewinne und Verluste der Bundestagsparteien bei den Landtags- und Kommunalwahlen seit 1983 belegen den Niedergang der CDU.

Seite 5

42. Jahrgang / 177

17. September 1987

Die Militarisierung der Gesellschaft abwehren

Der Frauenwehrdienst muß verhindert werden

Von Dr. Marliese Dobberthien MdB

Anfang März sagte die CDU-Politikerin Agnes Hürland-Büning, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverteidigungsministerium: „Für mich sind Frauen zur Bundeswehr zur Zeit kein Thema.“ Aber schon Ende April sah sie alles anders. Sie unterbreitete Verteidigungsminister Wörner einen Vorschlag zur Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr. Noch in diesem Jahr möchte Herr Wörner ein Gesetz im Bundestag verabschiedet haben, mit dem Frauen der Zugang als freiwillige Soldatinnen zur Bundeswehr ermöglicht wird.

Die Junge Union von der CDU will Frauen in der Bundeswehr dienen lassen, damit die weiblichen die männlichen Soldaten unterhalten und ihnen die Langeweile vertreiben. Der baden-württembergische Landesvorsitzende der Jungen Union, Herr Oettinger, sieht in Frauen ein probates Gegenmittel zum „Herumsaufen“ der Männer in den Kasernen.

Statt die historische Chance zu nutzen, die Bundeswehr zu verkleinern, sollen Frauen dazu dienen, die Lücken zu schließen, die durch die sogenannten geburtschwachen Jahrgänge entstanden sind.

Vorgesehen ist zwar nicht der Dienst mit der Waffe, wohl aber eine freiwillige Dienstverpflichtung in nichtkämpfenden Truppenteilen, zum Beispiel im Transportwesen, in der Logistik, im Fernmeldedienst, bei der Instandsetzung. Aber wird es dabei bleiben? Die FDP redet schon vom freiwilligen Waffendienst, obwohl dies ein glatter Verfassungsverstoß wäre. Das Grundgesetz verbietet ausdrücklich Frauen den Dienst mit der Waffe (Artikel 12 a Grundgesetz). Nicht einmal im Notfall darf der Staat durch Gesetz Frauen zum Waffendienst heranziehen. Und wer garantiert eigentlich, daß durch Verfassungsänderung aus der Freiwilligkeit eine Pflicht wird? Im Zeichen der Gleichberechtigung könnte aus dem freiwilligen Waffendienst auch eine Pflicht werden. Auch solche Überlegungen existieren in der FDP.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verbindlicher Umgang
mit dem demokratischen
Rechtsstaat



Unter dem Eindruck der grauenvollen Ereignisse des Zweiten Weltkrieges war und ist bis heute die Erinnerung an die zahllosen Frauen in der Wehrmacht und in der Rüstungsproduktion lebendig. Heute sollen unter dem Vorwand der Gleichberechtigung Frauen militärisch dienen. Doch „Dienen“ bedeutet nicht Gleichberechtigung.

Emanzipation und Gleichberechtigung heißt vielmehr Beseitigung von Unterdrückung und Gewalt. Darum kann Gewalt, die militärisch von Frauen ausgehen soll, gewiß nicht der Gleichberechtigung förderlich sein. Vorzutäuschen, die Gleichberechtigung mit der Einbeziehung von Frauen in die Bundeswehr erreichen zu können, ist frauen- und menschenverachtend! Die Einführung eines freiwilligen Wehrdienstes für Frauen widerspricht den grundsätzlichen sozialdemokratischen Zielen, die darauf gerichtet sind, Konflikte zwischen den Staaten friedlich zu lösen. Unsere Forderung kann nur heißen: Abrüstung in Ost und West. Wir wollen keine weitere Militarisierung der Gesellschaft durch einen Frauenwehrdienst.

Wenn Arbeitskräftemangel in der Bundeswehr herrscht, so läßt sich dieser im Rahmen der bestehenden Gesetze beseitigen. Zum Beispiel ist schon jetzt erlaubt, Frauen und Männer in zivilen Arbeitsverhältnissen bei der Bundeswehr zu beschäftigen, mit allen Rechten und Pflichten von Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

Den Frauen wird als Mehr an Rechten versprochen, was in Wahrheit nur ein Mehr an Pflichten bedeutet. Frauen leisten ihren Beitrag für die Gemeinschaft längst auch ohne Truppendienst. Denn noch immer sind es hauptsächlich Frauen, die die für die Gemeinschaft unentbehrliche Arbeit verrichten und dafür oft auf Beruf und berufliches Fortkommen verzichten.

Und: Wer glaubt, die berufliche Chancengleichheit der Frauen ausgerechnet mit Hilfe der Bundeswehr herstellen zu können, muß sich sagen lassen: Gleiche Ausbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten sind weiblichen Soldaten in der Bundeswehr ohnehin verschlossen. Wegen des Dienstverbotes mit der Waffe stünde ihnen nur eine Schmalspurlaufbahn offen. Erfahrungen anderer Staaten zeigen, daß nur neben- und untergeordnete Tätigkeitsfelder übrig bleiben. Statt einem Mehr an Rechten werden nur Soldaten zweiter Klasse geschaffen, die außerdem noch zusätzlich oft unter sexuellen Belästigungen und Demütigungen leiden müssen.

In NATO-Staaten, wo Frauen militärisch dienen, sind sie fast ausschließlich auf niedrige Ränge beschränkt. In der US-Army, die drei Viertel der weiblichen Soldaten der NATO stellen, sind 80 Prozent der Frauen in den untersten Rängen zu finden; bei der Navy 88 Prozent (Männer: 58) und bei der Luftwaffe sogar 84 Prozent (Männer: rund die Hälfte).

Auf diese Art der „Gleichberechtigung“ können Frauen verzichten. Notwendig ist vielmehr der Ausbau des sozialen Netzes und die Bereitstellung qualifizierter Ausbildungsplätze für Mädchen und Frauen im privaten und öffentlichen Bereich.

Ich sehe in der Einbeziehung der Frauen in die Bundeswehr keine Gleichberechtigung oder Selbstverwirklichung, sondern eine fortschreitende Militarisierung unserer Gesellschaft. Die SPD lehnt daher alle Pläne ab, Frauen zur Bundeswehr zu verpflichten, auch nicht auf freiwilliger Basis!

(-/17.9.1987/va-ha/rs)

* * *



Bonn muß die Stahl-Interessen vertreten

Forderungen an die Bundesregierung vor der EG-Ministerratssitzung am 21. September

Von Hans Urbaniak MdB
Mitglied des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages

Wenn der EG-Ministerrat am 21. September 1987 in Brüssel tagt, muß die Bundesregierung mit Nachdruck und Härte die Interessen der deutschen Stahlindustrie vertreten. Es muß endlich Schluß sein mit dem Wettlauf zwischen der deutschen Stahlindustrie, die über modernste und hochtechnische Anlagen verfügt und den Staatshaushalten anderer stahlproduzierender EG-Staaten wie Frankreich, Belgien und England.

Die Sanierungsvorschläge der EG-Kommission, die im Sommer auf den Tisch gelegt wurden, sehen vor, daß bei einer Überkapazität von 30 Millionen Tonnen EG-weit 80.000 Arbeitsplätze abgebaut werden müssen. Das würde für die Bundesrepublik den nochmaligen Verlust von 25.000 bis 30.000 Arbeitsplätzen in der Stahlindustrie bedeuten. Das aber kann auf gar keinen Fall hingenommen werden.

Die Vorleistungen, die die deutsche Stahlindustrie in der Vergangenheit erbracht hat, um die Stahlkrise zu bewältigen, sind mehr als ausreichend, wobei nicht zu vergessen ist, daß durch die Massenentlassungen ganze Regionen in Gefahr geraten sind. Es muß daher gefordert werden, daß die von der EG-Kommission vorgesehenen Mittel von insgesamt 13 Milliarden DM vor allem für den Erhalt der Stahlstandorte und die Schaffung von gleichwertigen Ersatzarbeitsplätzen eingesetzt werden.

Auch eine weitere Liberalisierung von Stahlprodukten wie sie die EG-Kommission für Leichtprofile, Walz-, Draht- und Stabstahl vorsieht, muß für die Zeit der Krisenbewältigung ausgeschlossen werden. Außerdem muß verhindert werden, daß die betroffenen Arbeitnehmer ins soziale Abseits geraten. Dazu ist es erforderlich, daß die Mittel für die EGKS-Beihilfen nach Artikel 56, § 2 so angepaßt werden, daß die Übergangshilfen bereits nach Vollendung des 50. Lebensjahres und die Abfindungshilfen bereits für die 40- bis 50jährigen geleistet werden.

Es ist die Pflicht der Bundesregierung und ihres Bundeswirtschaftsministers, endlich mit aller Entschiedenheit klarzustellen, daß die deutsche Stahlindustrie und ihre Arbeitnehmer nicht länger die Zeche für eine verfehlte europäische Stahlpolitik zahlen werden. Das egoistische und somit verantwortungslose Handeln der anderen stahlproduzierenden EG-Staaten, wozu auch das jahrelange Nichteinhalten des Subventionskodexes gehörte, muß mit aller Schärfe unterbunden werden. Das neu auszuhandelnde Stahlquotensystem muß endlich die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen berücksichtigen. Der vorgeschlagene Quotenhandel innerhalb der Mitgliedstaaten könnte hierzu beitragen.

Es bleibt zu hoffen, daß die Bundesregierung in der Lage ist, den deutschen Interessen in Brüssel das notwendige Gewicht zu verleihen. Weitere Massenentlassungen in der deutschen Stahlindustrie kommen für uns nicht mehr in Frage. Wir werden sie mit allen Mitteln bekämpfen.

(-/17.9.1987/vo-ha/rs)



Sanierung auf Kosten der Gemeinden

Zur Kürzung der Bundesmittel für den kommunalen Straßenbau

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Die Bundesregierung betreibt eine auf die Gemeinden gerichtete Bevormundungspolitik. Demokratieverständnis beweist sie damit nicht. Aktueller Beleg sind die beschlossenen Kürzungen im kommunalen Straßenbau.

Die Streichungen im kommunalen Straßenbau hätte die Bundesregierung mit Ländern und Gemeinden abstimmen müssen. Schließlich geht es um deren Aufgaben. Eine solche Abstimmung hat aber die Bundesregierung nicht gewagt. Jedermann weiß, daß die Bundesregierung die Mittel für den Bundesfernstraßenbau am liebsten deutlich aufstocken würde. Damit fehlt ihr die Kompetenz, Kürzungen im kommunalen Straßenbau zu beschließen.

Das Finanzvolumen für den kommunalen Straßenbau ist geschaffen worden durch zweckgebundene Erhöhung der Mineralölsteuer. Die Bundesregierung hätte deshalb die Mineralölsteuer in dem Umfang senken müssen, in dem sie den kommunalen Straßenbau jetzt vermindern will. Genau dies möchte sie aber vermeiden. Ihr geht es ausschließlich darum, sich zusätzliche Einnahmen zu verschaffen. Im Kern handelt es sich deshalb um eine Steuererhöhung durch die Hintertür.

Soweit die Bundesregierung die Anschaffung von Omnibussen aus Mitteln des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes befristet bezuschussen will, so laufen diese Änderungen darauf hinaus, Streckenstilllegungen der Bahn mit Bundesmitteln zu prämiieren. Der beschlossene Förderfall „Erstbeschaffung von Omnibussen zur Einrichtung neuer Linien für den ÖPNV in der Fläche“ wird nur in den Fällen relevant, in denen die DB Schienenstrecken stilllegt und diese auf Busbedienung umstellt. Außerhalb dieser Fallgestaltung gibt es beim ÖPNV in der Fläche keine neuen Linien.

Der andere Förderfall „Erstbeschaffung von Omnibussen zur Verdichtung bestehender Linien für den ÖPNV in der Fläche“ geht vollständig ins Leere. Das Problem liegt umgekehrt. Bestehende Linien können nicht gehalten werden und werden immer mehr ausgedünnt.

Mit ihrem Versuch, Streckenstilllegungen der Bahn zu belohnen und dies der Öffentlichkeit als Förderung des ÖPNV in der Fläche darzustellen, hat sich die Bundesregierung selbst entblößt. Sie hat bewiesen, daß sie an seriösen Problemlösungen nicht interessiert ist. Abzuwarten bleibt, ob Bundesrat und Bundestag sich dies gefallen lassen.

(-/17.9.1987/vo-he/rs)



DOKUMENTATION**CDU im Niedergang**

Die Feststellung der SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs, daß die CDU sich im Niedergang befindet, und das nicht erst seit den katastrophalen Verlusten in Bremen und Schleswig-Holstein am vergangenen Sonntag, läßt sich durch Zahlen eindrucksvoll belegen. Seit der Wende 1982/83 hat die CDU in Kommunal- und Landtagswahlen fast nur Verluste zu verzeichnen. Die FDP dagegen konnte sich nach und nach stabilisieren. Die SPD ist seit 1985 deutlich im Aufwind.

Gewinne und Verluste der Bundestagsparteien bei den**Landtags- und Kommunalwahlen seit der Bundestagswahl 1983**

(Chronologisch geordnet nach Wahlen nach dem 6. März 1983, bezogen auf die vorhergehende Landtags- oder Kommunalwahl)

I. Wahlen nach dem 6. März 1983

Wahl	Verluste der Regier- ungsparteien		Gewinne bzw. Verluste SPD	Gewinne bzw. Verluste Grüne
	insg.	Davon		
LT Schleswig-Hol- stein 13.03.1983	-2,8%	CDU + 0,7% FDP - 3,5%	+ 2 %	+ 1,2 %
LT Hessen 25.09.1983	-1,7%	CDU - 6,2% FDP + 4,5%	+ 3,4 %	- 2,1 %
LT Bremen 25.09.1983	-4,8%	CDU + 1,4% FDP - 6,2%	+ 2 %	+ 5,4 % (-)
K Bayern 18.03.1984	-4,4%	CSU - 3,8% FDP - 0,6%	+ 0,3 %	+ 3,5 % (-)
LT Baden-Württem- berg 25.03.1984	-2,6%	CDU - 1,5% FDP - 1,1%	- 0,1 %	+ 2,7 %
K Rheinland-Pfalz 17.06.1984	-4,0%	CDU - 2,1% FDP - 1,9%	- 2,1 %	+ 5,4 % (-) *
K Saarland 17.06.1984	-5,1%	CDU - 3,0% FDP - 2,1%	+ 1,1 %	+ 4,1 % (-) *
K Nordrhein-West- falen 30.09.1984	-5,8%	CDU - 4,1% FDP - 1,7%	- 2,4 %	+ 6,7 % (-)

* („-“ bedeutet, daß die Vergleichszahl in der Statistik nicht angegeben ist, weil die Grünen zu dieser Wahl erstmals kandidieren.)



Wahl	Verluste der Regierungsparteien		Gewinne bzw. Verluste SPD	Gewinne bzw. Verluste Grüne
	insg.	Davon		
K Baden-Württemberg 28.10.1984	- 3,0%	CDU - 1,6% FDP - 1,4%	- 4,0%	+ 6,4% (-)*
LT Berlin 10.03.1985	+ 1,2%	CDU - 1,6% FDP + 2,8%	- 5,9%	+ 3,8%
LT Saarland 10.03.1985	- 3,6%	CDU - 6,7% FDP + 3,1%	+ 3,8%	- 0,4%
K Hessen 10.03.1985	- 7,0%	CDU - 6,3% FDP - 0,7%	+ 4,3%	+ 2,8%
LT NRW 12.05.1985	- 5,6%	CDU - 6,7% FDP + 1,1%	+ 3,7%	+ 1,6%
K Schleswig- stein 02.03.1986	- 8,3%	CDU - 5,9% FDP - 2,4%	+ 5,7%	+ 3,4%
LT Niedersachsen 15.06.1986	- 6,3%	CDU - 6,4% FDP + 0,1%	+ 5,6%	+ 0,6%
K Niedersachsen 05.10.1986	- 5,7%	CDU - 4,2% FDP - 1,5%	+ 3,8%	+ 1,8%
LT Bayern 12.10.1986	- 2,2%	CSU - 2,5% FDP + 0,3%	- 4,4%	+ 2,9%
Bürgerschaft Ham- burg 09.11.1986	+ 5,5%	CDU + 3,3% FDP + 2,2%	- 9,5%	+ 3,6%
Bundestagswahl 26.01.1987	- 2,4%	CDU/- 4,5% CSU FDP + 2,1%	- 1,2%	+ 2,7%
LT Hessen 06.04.1987	+ 2,9%	CDU + 2,7% FDP + 0,2%	- 6,0%	+ 3,5%
LT Rheinland- Pfalz 17.5.1987	- 3,0%	CDU - 6,8% FDP + 3,8%	- 0,8%	+ 1,4%
Bürgerschaft Hamburg 17.5.1987	+ 0,3%	CDU - 1,4% FDP + 1,7%	+ 3,2%	- 3,4%
Bürgerschaft Bremen 13.09.1987	- 4,5%	CDU - 9,9% FDP + 5,4%	- 0,8%	+ 4,8%
LT Schleswig- Holstein 13.09.1987	- 3,4%	CDU - 6,4% FDP + 3,0%	+ 1,5%	+ 0,3%

(-/17.9.1987/rs/fr)